

Mitmachen

Ich möchte andere Menschen über Attac informieren. Bitte schickt mir ___ Exemplare der Attac-Selbstdarstellung.

Ich möchte dieses Faltblatt an andere Menschen verteilen. Bitte schickt mir ___ Exemplare dieses Faltblatts zur Finanztransaktionssteuer.

Ich möchte mehr über Attac wissen.

Bitte schickt mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.

Bitte nehmt mich in den Attac-E-Mail-Verteiler auf. (ca. eine Mail in 14 Tagen)

Hinweise zur Datenverarbeitung: Die von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie mit der Weitergabe Ihrer Daten an die Gruppen nicht einverstanden sind, wenden Sie sich bitte an uns unter 069-900 281-10 oder info@attac.de.

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____

Absender

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

Fly0906-I

Steuer gegen Armut und Spekulation

Die Finanztransaktionssteuer



 **attac**
AG Finanzmärkte

► Die Finanztransaktionssteuer (FTS): Alle reden darüber – doch es braucht Druck, um sie durchzusetzen!

Die Attac-Gründungsforderung nach einer Steuer auf Finanztransaktionen wird seit 2009 auf höchster politischer Ebene diskutiert. Ihre Realisierung liegt erstmals im Bereich des Möglichen. In Deutschland unterstützt inzwischen selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung die Steuer; die Oppositionsparteien und Präsident Köhler hatten sich schon vor der Bundesregierung für die FTS eingesetzt. Auch international findet die Forderung Unterstützung: so haben sich EU-Kommissionspräsident Barroso, die EU-Finanzminister und das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, ebenso in einer gemeinsamen Erklärung im Dezember 2009 die EU-Regierungschefs. Auch eine wachsende Zahl namhafter Ökonomen wie Joseph Stiglitz, Paul Krugman oder Jeffrey Sachs plädieren für die FTS.

Nach Worten von Finanzminister Schäuble lehnt die Bundesregierung eine nationale Einführung der Steuer ab, wolle sich jedoch im Rahmen der G20 für eine globale Einführung einsetzen. Falls dies scheitern sollte, will sich die Bundesregierung für eine Einführung in der EU oder im Euro-Raum einsetzen. Diese Willensbekundung ist auf massiven öffentlichen Druck zurückzuführen, solcher wird für eine tatsächliche und internationale Einführung auch weiter vonnöten sein. Erheblichen Druck darüber hinaus bedarf es, damit die Einnahmen aus der Steuer nicht nur in die nationalen Haushalte fließen, sondern für globale Angelegenheiten wie Armutsbekämpfung, Entwicklung oder Klimaschutz eingesetzt werden. Deswegen braucht es weiter eine breite Unterstützung unserer Forderung!

Aufgrund der prekären Kassenlage von Bund, Ländern und Kommunen werden die Bürgerinnen und Bürger immer stärker durch Steuern belastet, während Unternehmen, Reiche und Superreiche entlastet werden. Seit 2007 gilt die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent. Die Mehrwertsteuer belastet die Bevölkerung mit 20 Milliarden Euro. Für die ärmeren Haushalte bedeutet das eine enorme zusätzliche Belastung, wobei sie für Spitzenverdiener fast unbemerkt bleibt. Die Körperschaftssteuer für Unternehmen sank 2008 auf nur 15 Prozent. Zehn Jahre

zuvor war sie noch doppelt bzw. dreimal so hoch. Die Kosten der Krise werden allein für die entwickelten Volkswirtschaften auf ungefähr 9,5 Billionen US-Dollar geschätzt. Die dadurch entstehenden Schulden werden der Bevölkerung aufgebürdet, während die Finanzbranche bereits wieder unverschämt hohe Gewinne einstreicht. Die Profiteure des Kasinokapitalismus müssen zur Verantwortung gezogen werden, denn sonst wird der Staat aus Geldmangel verstärkt auf Privatisierungen und Einsparungen zu Lasten von Beschäftigten und Empfängern von Transferleistungen setzen.

Ein Umdenken in der Steuerpolitik ist notwendig. Eine Besteuerung von Spekulation ist sowohl ökonomisch als auch verteilungspolitisch an der Zeit. Damit würden die Finanzmärkte einen Beitrag zur Bewältigung der Krise bringen und es bliebe noch Geld für die Erreichung der UN-Millenniumsziele und globalen Klimaschutz.

► Globalisierung und Finanzmärkte

In den letzten Jahren kam es global zu einer extremen Expansion der Finanzmärkte. Die Kommunikationstechnologie lässt heute eine extrem schnelle und kostengünstige globale Abwicklung der Geschäfte zu. Die Finanzbranche profitierte darüber hinaus von der freiwilligen oder erzwungenen Öffnung der Märkte vieler Länder.

An der Derivatebörse Eurex war im Jahr 2007 das Handelsvolumen mit Finanzderivaten 53-mal so hoch wie die Wirtschaftsleistung Deutschlands. Die gesamten globalen Finanztransaktionen überstiegen das Weltsozialprodukt um das 74-fache. Der Umfang an außerbörslichen Kreditderivaten stieg von ca. 5 Billionen Dollar im Jahr 2004 auf ca. 50 Billionen im Jahr 2007, sprich eine Steigerung um 1000 Prozent in drei Jahren. Bei den Devisentransaktionen gab es im gleichen Zeitraum immerhin eine Steigerung um fast 70 Prozent von 1,9 Billionen Dollar täglichem Umsatz auf 3,2 Billionen.

► Destabilisierung durch ‚Finanzinnovationen‘

Die Aufblähung und Komplexität der Finanzmärkte macht diese instabiler. Neuartige Finanzprodukte haben die Risikostreuung und die Preisbildung durch die Märkte nicht wie pauschal behauptet verbessert, sondern im Gegenteil

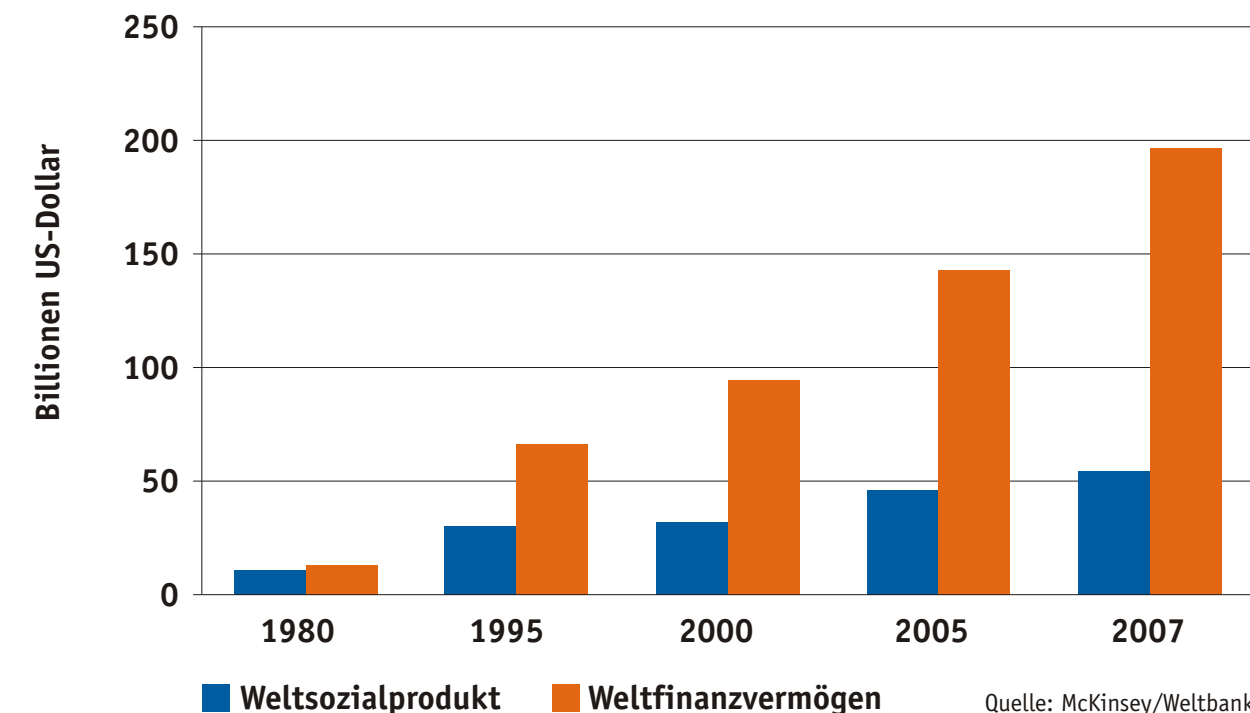
bestehende Risiken verschleiert und sogar neue mit sich gebracht. Wie der Chef einer US-Finanzaufsicht sagte, haben Derivate „im Herzen der Finanzkrise“ gestanden. Sie haben unter anderem den Zusammenbruch der weltgrößten Versicherung AIG verursacht und die Globalisierung fauler Immobilienkredite vorangetrieben. Nicht alle Finanzgeschäfte, die heute getätigt werden, sind also auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll. Die Perversion der Finanzmärkte zeigt sich nicht zuletzt im Hochfrequenz-Computerhandel, bei dem mit enormem Aufwand auf extrem kurzfristige Kursveränderungen spekuliert wird. Dabei werden keine fundamental motivierten Preiserwartungen mehr in den Markt eingebracht, sondern technisch konstruierte Preistrends und Herdenverhalten ausgenutzt. Es ist deshalb höchste Zeit, die Finanzmärkte zu schrumpfen.

► Welche Formen einer Finanztransaktionssteuer gibt es?

Die Vorschläge für Steuern auf Finanztransaktionen gehen bis auf John Maynard Keynes (1943) und James Tobin (1972) zurück. Die Tobin-Steuer, eine Steuer auf den Handel mit Währungen (Devisentransaktionssteuer), war die erste Steuer, die auf die globalisierten Finanzmärkte zugeschnitten ist.

Die Finanztransaktionssteuer hat eine breitere Steuerbasis als die Tobin-Steuer: sie erstreckt sich auf alle Arten von Finanztransaktionen, also auch den Handel mit Aktien, Pfandbriefen, Obligationen, Wertpapieren und Derivaten. Sie ist vergleichbar mit einer Börsenumsatzsteuer, wie es sie in Deutschland bis 1991 gab, bloß kämen noch die außerbörslichen Geschäfte hinzu.

Abb.: Entwicklung des Verhältnisses von Finanzvermögen zum Weltsozialprodukt



Quelle: McKinsey/Weltbank

► Wie funktioniert diese Steuer?

Da alle Finanztransaktionen elektronisch erfasst werden, lässt sich die Steuer leicht erheben. Eine einfach implementierbare Software könnte die Steuer automatisch der jeweilig zuständigen Finanzbehörde überweisen. Die Erhebung der Steuer wäre daher extrem günstig, wie Erfahrungen mit der Börsenumsatzsteuer aus Großbritannien zeigen. Die Vermeidung der Steuer wäre dagegen sehr umständlich, weil der Handel auf zentralisierte Abwicklungssysteme angewiesen ist. Auch der bisher unkontrollierte Handel außerhalb der Börsen geschieht inzwischen über zentrale Abwicklungs-Systeme (*Trade Information Warehouses*). Die EU und die G 20 haben sich zudem die längst fällige Regulierung dieses OTC-Handels vorgenommen und wollen ihn nur an der Börse oder auf Handelsplattformen zulassen. Damit wäre es ein Leichtes, auch hier die Steuer zu erheben.

► Keine stichhaltigen Argumente gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

In den letzten Jahren wurden die Vorbehalte und Befürchtungen zu negativen Auswirkungen der Steuer entkräftet. Vor der Krise wurde immer argumentiert, eine solche Steuer wäre nur möglich, wenn sie international auf allen Finanzplätzen der Welt zugleich eingeführt würde. Dass das falsch ist, zeigen die bereits existierenden Steuern in mehreren Ländern. Die geringe Belastung durch Steuern ist nur ein Kriterium bei einer Standortentscheidung. London ist beispielsweise ein extrem teurer Standort, doch der grösste Finanzplatz der Welt. Die großen Akteure profitieren von der Infrastruktur des Finanzplatzes (wichtige Partner in der Nähe, Vernetzung, Sicherheit, funktionierendes Rechtssystem). Ein Abwandern in Schattenfinanzplätze ist schon aus Sicherheitsgründen nicht zu befürchten. Die Krise hat außerdem gezeigt, dass eine internationale Kooperation durchaus möglich ist, wenn die Länder nur wollen. Mittlerweile sprechen sich viele Regierungen für die Einführung verschiedener Formen von Finanztransaktionssteuern aus. Österreich, Griechenland, Luxemburg, Polen, Portugal, Spanien, Schweiz, Hong Kong, China, Singapur erhe-

ben länderspezifische Steuern auf bestimmte Finanztransaktionen, ebenso Peru, Brasilien, Argentinien und Kolumbien. In Venezuela und Kanada gibt es den Willen, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen. In Europa haben die Parlamente in Frankreich und Belgien die Einführung einer solchen bereits beschlossen. Allerdings ist der Beschluss daran gekoppelt dass weitere EU Länder mitziehen. Die Regierungen in Österreich, Italien, Spanien und Norwegen sprechen sich ebenfalls für ihre Einführung aus.

Ein häufiger Einwand gegen die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen ist, dass diese AnlegerInnen verschrecken. In der Realität zeigen aber Beispiele wie Peru, Argentinien, Kolumbien, dass AnlegerInnen nicht so panisch reagieren. Die peruanische Regierung führte zum Beispiel 2003 eine generelle Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,1 % ein, um Finanzmittel für den Bildungssektor zu erschließen. Damals prophezeiten die nationale und internationale Finanzpresse, betroffene PrivatinvestorInnen und internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF) ernste negative Konsequenzen für die peruanische Wirtschaft. Doch so kam es nicht.

Auch wird häufig argumentiert – etwa vom Internationalen Währungsfonds – dass eine Steuer die Marktkräfte an ihrer Entfaltung behindere, die Preisfindung beeinträchtige und dies zu mehr Risiken führe. Nachdem der zuvor durch Liberalisierung deregulierte Finanzmarkt kollabiert ist und nur mit Staatshilfe gerettet wurde, mutet dieses Argument aber heute fast schon lächerlich an. Die Krise hat bewiesen, dass die Aufblähung der Märkte diese nicht sicherer und risikoloser macht. Selbstregulierung von Märkten ist eine Theorie, die schon vor der Finanzkrise widerlegt wurde. Märkte brauchen Grenzen, sonst zerstören sie sich selbst und schaden den Menschen.

► Finanztransaktionssteuer versus Bankenabgabe

Nachdem die US-Regierung sich für eine Art Bankenabgabe ausgesprochen hat, ist zuletzt auch die deutsche Bundesregierung auf solche Abgaben eingeschwenkt. Der Internationale Währungsfonds hat den Auftrag, bis Juni 2010 zu untersuchen, wie der Finanzsektor zur Finanzie-

rung der Krisenkosten herangezogen werden kann. In einem Zwischenbericht wird zwar zwei Varianten einer Bankenabgabe der Vorzug gegeben. Er gesteht jedoch zu, dass der Finanzmarkt zu groß geworden ist und dass eine Finanztransaktionssteuer Vorteile haben könnte und machbar sei.

Während die Bundesregierung zuerst nur eine äußerst schwache Bankenabgabe als „Versicherungslösung“ gegen zukünftige Krisen forderte, plant sie inzwischen eine weitere Beteiligung des Finanzsektors entweder in Form einer weiteren Bankenabgabe oder der Finanztransaktionssteuer. Teile der Bundesregierung, insbesondere die FDP, favorisieren diese Bankenabgabe nach Muster des IWF (Finanzaktivitätssteuer) gegenüber einer Finanztransaktionssteuer. Eine Bankenabgabe ist nicht grundsätzlich falsch, hätte aber gegenüber der Finanztransaktionssteuer große Nachteile. Vor allem würde die Spekulation nicht eingedämmt, auch wären Fonds nicht erfasst. Natürlich spricht nichts dagegen, Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer zugleich einzuführen, so wie es etwa die französische Regierung befürwortet.

► Gegner und Begünstigte der Steuer

Bekämpft wird die Steuer von der Lobby der Finanzindustrie. Viele Finanzgeschäfte würden bei der Einführung der Steuer weniger profitabel, einige Geschäftsmodelle wie etwa der hochprofitable Hochfrequenzhandel wären massiv betroffen. Der starke Widerstand der Finanzbranche verwundert daher nicht. Doch aus einer langfristigen Anlegerperspektive ist die Steuer auch für Finanzmarktakteure interessant, da sie exzessive Spekulation eindämmt und Transaktionen mit langfristigem Charakter kaum belastet. In einer Umfrage des Börsenportals *boersennews.de* sprachen sich 62 Prozent der Anleger für eine Finanztransaktionssteuer aus. Auch die Sparkassen sind für die Einführung der Steuer.

Die Realwirtschaft würde von der Einführung profitieren: Die Banken wären wieder stärker daran orientiert, langfristige Investitionen zu finanzieren statt im globalen Casino zu zocken. Die Einführung der FTS beugt zudem Finanzkrisen und Währungsattacken vor und sorgt so dafür, dass Unternehmen besser planen können. Zudem streicht heute die Finanzwirtschaft einen überproportionalen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung

ein. Auch dieses Missverhältnis könnte durch eine FTS korrigiert werden.

Aus verteilungspolitischer Sicht ist die FTS geradezu ideal. Sie trifft eine kleine Gruppe finanzkräftiger Akteure, die es sich leisten können, ihr Kapital in spekulative Geschäfte zu investieren. Kleinsparer werden durch die Steuer praktisch nicht belastet. Letztendlich profitieren von dieser Steuer alle Bürgerinnen und Bürger, da sie dadurch von Mehrbelastungen durch Erhöhung der so genannten Massensteuern verschont würden. Das Kapital wird dort abgeholt wo es im Überfluss vorhanden ist. Zum einen würden die Handlungsspielräume nationaler wie internationaler Parlamente gestärkt, zum anderen könnten nationale und internationale Organisationen dadurch die Probleme der Welt wie Hunger, Trinkwasserknappheit etc. angehen. Außerdem ist die Steuer ein Schritt zur Wiedergewinnung der demokratischen Kontrolle über die Finanzmärkte.

► Wie viel würde die Steuer einbringen?

Wir schlagen einen Steuersatz von 0,5 Prozent vor. Das ist der Steuersatz der Börsenumsatzsteuer in London. Doch schon ein Steuersatz von nur 0,05 Prozent würde weltweit nach Schätzung des Wiener WIFO-Instituts ca. 500 Mrd. Euro jährlich erbringen. Eingerechnet ist dabei ein gemäßigter Rückgang von Finanztransaktionen aufgrund der Steuer. 230 Mrd. Euro kämen für Europa heraus und für die USA 220 Mrd. Euro. Natürlich ist die genaue Berechnung des Aufkommens außerordentlich schwierig, das Potenzial der Steuer ist auf jeden Fall enorm. Die Finanzmärkte haben große Schäden auf der ganzen Welt angerichtet. Da die Steuer, international eingeführt, vor allem auf einem halben Dutzend Finanzplätzen der Welt anfele, würden die USA, Großbritannien, Japan, Schweiz, Deutschland, Frankreich und Singapur den größten Teil einkassieren. Allerdings wäre es nur billig, einen bedeutenden Teil des Aufkommens einem Fonds gut zu schreiben, um damit die Schäden in den anderen Ländern auszugleichen. Ein Teil dieses Geldes muß für den Kampf gegen die globale Erwärmung und für die Beseitigung des Hungers und der Armut in der Welt aufgewendet werden.

(Stand 25. Mai 2010)

V.i.S.d.P.: Jule Axmann, c/o Attac, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammenschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon über 20.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema Finanztransaktionssteuer arbeitet v.a. die bundesweite AG Finanzmarkt und Steuern (www.attac.de/finanzmarkt). Auf der Webseite zur Finanztransaktionssteuer (www.attac.de/fts) finden sich weitere Informationen der aktuellen Kampagne. Literatur zum Thema Finanzmarktregulierung gibt es im Attac-Materialversand online unter www.attac.de/material.

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

**Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99, info@attac.de, www.attac.de**

Attac stärken – Mitglied werden!

Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von jeweils ___€ von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag* von ___ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich _____€ von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: _____

Konto-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

* *Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.*

Spendenkonto Attac Deutschland:

Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Fly0906-m

Fly0906-s